DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE IM ÜBERBLICK

Dwora Stein:

- Die Arbeitslosigkeit in Österreich ist im internationalen Vergleich zwar relativ gering, in den letzten Jahren jedoch besonders stark angestiegen, v.a. bei den Jugendlichen
- Die Ereignisse in europäischen (Vor)Städten zeigen, dass Arbeitslosigkeit und die damit einhergehende Perspektivlosigkeit eine höchst explosive Mischung sind
- Es bedarf des Ausbaus und der Stärkung des europäischen Sozialmodells
- Entwicklungen, die ArbeitnehmerInnenrechte gefährden und eine Spirale nach unten in Gang setzen müssen verhindert werden
- Soziale Einschnitte und eine Deregulierung des Arbeitsrechts taugen nicht zum Abbau von Arbeitslosigkeit – es geht um die Schaffung von qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen, die den Menschen u.a. ein ausreichend hohes Einkommen sichern
- Dies wird nur durch einen Mix aus makroökonomischer Wachstumspolitik und aktiver Arbeitsmarktpolitik gelingen; die bisherige Politik der EU hat gerade das nicht getan

Jean-Michel Bonvin:

- Die Debatte um die Europäische Beschäftigungsstrategie findet vor dem Hintergrund eines dreifachen Wandels von Wohlfahrtsstaaten statt: der forcierten Aktivierung der LeistungsempfängerInnen, der Individualisierung der Leistungen (keine Leistung ohne Gegenleistung) und die Verlagerung der Governance auf die lokale Ebene
- Damit ändert sich tendenziell auch ein wohlfahrtsstaatliches Ziel: im Vordergrund soll nicht mehr die Gewährung von Ersatzleistungen stehen, sondern die (Wieder)Herstellung der Arbeitsfähigkeit und des Produktivitätspotenzials der/des Einzelnen
- Sen's Ansatz der Verwirklichungschancen eignet sich besonders gut als Raster zur Analyse dieser reflexiven und prozeduralen Wende, denn es bezieht drei Dimensionen mit ein: 1) die Ressourcen über die eine Person verfügt; 2) die Verwirklichungschancen, d.h. das Spektrum an Wahlmöglichkeiten, die eine Person hat und 3) ihre Funktionen bzw. das Leben, das die Person tatsächlich führt
- Nach Sen erhöht staatliches Handelns die individuelle Selbstbestimmung nur dann, wenn die Angleichung der (materiellen) Ressourcen durch Maßnahmen

ergänzt wird, die sowohl die individuelle Fähigkeit erhöhen, diese Ressourcen zu nutzen als auch das soziale Umfeld im Sinne einer Erweiterung der Verwirklichungschancen gestalten

- Unter dem Blickwinkel der Verwirklichungschancen macht z.B. die Erhöhung der individuellen Beschäftigungsfähigkeit (etwa mittels Qualifizierung) ohne tatsächliche Beschäftigungsmöglichkeiten keinen Sinn
- Der starke Fokus der Europäischen Beschäftigungsstrategie auf angebotsseitige Programme wird Sen's Ansatz ebenso wenig gerecht, wie die mangelnde Möglichkeit einer breiten Beteiligung an der offenen Methode der Koordinierung

Hartmut Seifert:

- Die zwischen 2003 und 2005 verabschiedeten Hartz-Gesetze haben Konzeption und Instrumente der deutschen Arbeitsmarktpolitik grundlegend verändert:
- Durch die Betonung der verstärkten Eigenverantwortung gerät der ursprüngliche Gedanke aktiver Arbeitsmarktpolitik ins Hintertreffen, wonach die Lösung von Arbeitsmarktproblemen eine Aufgabe öffentlicher Politik sei
- Das Prinzip des „Fordern und Fördern" zielt auf eine Stärkung der „Marktfähigkeit" der Betroffenen sowohl hinsichtlich deren Fähigkeiten/Fertigkeiten wie auch deren Motivation ab; das Fordern steht dabei eindeutig im Vordergrund (die Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik wurden gekürzt)
- Mit der Forcierung atypischer Beschäftigung geht zum Teil eine Deregulierung des Arbeitsrechts einher
- Die Arbeitsmarktpolitik wurde – je nach Dauer der Arbeitslosigkeit – institutionell in zwei Regelungsbereiche getrennt (für Kurzzeitarbeitslose einerseits und Langzeitarbeitslose andererseits), mit unterschiedlichen Funktionsprinzipien, Finanzierungsmodi und zum Teil auch Instrumenten
- Die Bundesanstalt für Arbeit wurde zur Bundesagentur für Arbeit, sie ist an Kriterien der Wirtschaftlichkeit, Effizienz und an prognostizierten Wirkungen orientiert
- Die großen Erwartungen, wonach mit den Hartz-Gesetzen die Lage am Arbeitsmarkt deutlich verbessert werden könnte, sind der Ernüchterung gewichen: die Strukturprobleme dauern ebenso an wie die hohen Kosten der Arbeitslosigkeit
- Die Hartz-Gesetze schaffen zudem neue Probleme: mit der Forcierung atypischer Beschäftigung erodieren zum einen die Einnahmen der Sozialversicherungen und zum anderen sinkt das Niveau der individuellen Sicherheit

Workshop I

- Die österreichische Arbeitsmarktpolitik ist in die Europäische Beschäftigungsstrategie eingebunden und muss bei ihren Strategien zur Lösung der Probleme auf diese Bezug nehmen
- Dabei gibt es ein hohes Maß an Übereinstimmung bei Prioritäten und Strategien auf EU-Ebene und in Österreich
- Die Integration der österreichischen Arbeitsmarktpolitik in die der EU brachte wichtige Innovationen, wie etwa die Etablierung betriebsnaher, präventiver Arbeitsmarktpolitik
- Der regionale Charakter österreichischer Arbeitsmarktpolitik birgt mögliche Probleme, wie die mangelnde Überprüfbarkeit von Effekten arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen oder die Gefahr fehlender Abstimmung von Strategien in unterschiedlichen Regionen
- Eine aktuelle Herausforderungen liegt darin, dass Arbeitsmarktpolitik allein weder Arbeitsplätze schaffen noch die Arbeitsnachfrage beeinflussen kann; insofern darf sie nicht mit Erwartungen überfrachtet werden; wohl aber kann Arbeitsmarktpolitik in wachstumsfördernde Gesamtstrategien eingebunden werden
- Dem häufig postulierten Ziel einer verstärkten Ausrichtung der Maßnahmen auf individuelle Problemlagen steht die mangelnde Einbindung von Betroffenen bei der Konzeptionierung und Umsetzung von Maßnahmen gegenüber

Workshop II

Johannes Schweighofer:

- Eine der Ursachen für das schlechte Image der EU bei vielen BürgerInnen ist, dass die EU in manchen Politikbereichen ihren Beitrag schuldig geblieben ist; die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik sind ein solches Feld
- Die Europäische Beschäftigungsstrategie ist in den 1990er Jahren entstanden, als die Wirtschaftspolitik der damaligen EG von zwei politischen Zielsetzungen dominiert war: der Verwirklichung des Binnenmarktes und den Maastricht-Kriterien
- Sie ist seit ihrer Schaffung von angebotsseitigen Struktur-Maßnahmen bestimmt, wobei die Wettbewerbsregeln des Binnenmarktes und die stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik Priorität haben
- Die Europäische Beschäftigungsstrategie konnte keinen entscheidenden Beitrag zur Beschäftigungsentwicklung liefern, weil sie keine Unterstützung makroökonomischer Politiken beinhaltet

Jean-Michel Bonvin:

- OECD, EU und die Internationale Arbeitsorganisation haben ihre jeweils eigenen Handlungsstrategien für Beschäftigung entwickelt, die sich nicht nur inhaltlich sondern auch im Hinblick auf die Form der Entscheidungsfindung teils gravierend voneinander unterscheiden
- Die OECD plädiert unter dem Motto „Arbeit lohnend machen“ dafür, die Erwerbsarbeit unter finanziellen Aspekten attraktiver zu machen; sie empfiehlt die Lockerung von Arbeitsmarktregulierungen und die Senkung der Sozialleistungen
- Die EU-Beschäftigungsstrategie kritisiert unter dem Motto „mehr und bessere Arbeitsplätze“ die niedrigen Beschäftigungsquoten und empfiehlt u.a. eine Forcierung des lebensbegleitenden Lernens und des aktiven Alterns; sie stellt aber nicht vorrangig darauf ab, Zwang auf Arbeitslose auszuüben sondern setzt auf die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt
- Das Konzept „menschenwürdiger Arbeit“ der Internationalen Arbeitsorganisation beruht auf der 1) Gewährleistung grundlegender Rechte bei der Arbeit, 2) der Förderung produktiver Arbeitsplätze, 3) der Sicherung von hochwertigem sozialem Schutz und 4) dem sozialen Dialog

Workshop III

Marcel Fink / Hartmut Seifert:

- Dänemark verfügt über eine lange Tradition aktiver Arbeitsmarktpolitik, die Implementierung aktivierender Arbeitsmarktpolitik ist aber eine Entwicklung der 1990er Jahre
- Wesentlicher Bestandteil sind das Recht und die Pflicht spätestens nach einem Jahr Arbeitslosigkeit an einer aktivierenden Maßnahme teilzunehmen
- Das relativ generöse Niveau der Ersatzleistungen wurde dabei nicht gesenkt; insofern müssen aktivierende Politiken und hohe soziale Absicherung kein Widerspruch sein – es geht in Dänemark nicht um die Etablierung eines Niedriglohnsektors
- Die rasche Erholung des dänischen Arbeitsmarkts verdankt sich einem Bündel von Politiken, u.a. einem keynesianisch-nachfrageorientiertes Kick-Off-Programm
- Die aktivierende Arbeitsmarktpolitik in Deutschland unterscheidet sich in diesem Punkt wesentlich von der in Dänemark